

# Der Sonderfall: Südtirol und die Grenzen der österreichischen Nachkriegsnation

PETER THALER

University of Southern Denmark

## 1. Die nationale Neudefinierung der österreichischen Republik

Auf den ersten Blick erscheint das republikanische Österreich von großer Kontinuität gezeichnet. Im Gegensatz zu den meisten seiner Nachbarn weist dieser Staat noch heute die Grenzen aus, die ihm in den Friedensabkommen nach dem 1. Weltkrieg zugeteilt wurden. Auch seine kulturelle Zusammensetzung änderte sich nur wenig, bis er in den letzten Jahrzehnten immer stärker in internationale Migrationsbewegungen eingebunden wurde. Wirtschaftlich stand die kleine Alpenrepublik nach Überwindung der Kriegsfolgen in den Nachkriegsjahrzehnten unvergleichlich besser dar als in der krisengeplagten Zwischenkriegszeit, aber dies entsprach ebenfalls einer westeuropäischen Gesamtentwicklung und nicht einer österreichischen Besonderheit. Von außen betrachtet, folgte die zweite österreichische Republik recht unproblematisch der Traditionslinie ihrer Vorgängerin.

Wenn man unter die Oberfläche blickt und das Selbstverständnis dieses Staates betrachtet, zeigen sich indes deutliche Bruchlinien. Der österreichische Staat hatte sich aus der zerfallenden Habsburgermonarchie als Republik Deutschösterreich gelöst und sich schon in seinem Gründungsdokument der ebenfalls neuentstandenen deutschen Republik zugeordnet. Hatte Artikel 1 des Gesetzes vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich festgelegt, dass Deutschösterreich eine demokratische Republik sei und alle öffentlichen Gewalten vom Volke eingesetzt würden,

bestimmte Artikel 2, dass Deutschösterreich ein Bestandteil der Deutschen Republik sei<sup>1</sup>.

Obwohl dieses nationale Selbstverständnis aus der Rückschau der österreichischen Republik des 21. Jahrhunderts schwer nachvollziehbar wurde, entsprach es durchaus der historischen Ausgangslage. Alle bedeutsamen Bevölkerungsgruppen der Monarchie, die sprachliche Bindungen über die verschwindenden Reichsgrenzen hinweg hatten, wollten sich mit ihrer weiteren Sprachgemeinschaft vereinen. Ein eigener galizischer oder siebenbürgischer Staat wurde von den jeweils führenden Nationalitäten dieser Regionen kaum in Erwägung gezogen, obwohl der hohe Anteil anderssprachiger Bevölkerungsgruppen es in diesen Fällen einleuchtender erscheinen hätte lassen als im österreichischen. Das Verhalten der deutschsprachigen Österreicher war mehr Regelfall als Ausnahme.

Es erwies sich bald, dass die Siegermächte des Weltkrieges nicht an einer Ausweitung des deutschen Hoheitsbereichs interessiert waren, auch wenn dies dem Bevölkerungswunsch entsprechen sollte. Vor allem Frankreich lehnte dies ab und setzte sich damit auch gegen anfängliche Bedenken im britischen Außenministerium durch<sup>2</sup>. Im Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye wurde Österreichs politische Selbständigkeit festgeschrieben und der Oberaufsicht des Völkerbundes unterworfen, wodurch sie Ähnlichkeiten mit dem Status der damals geschaffenen Freien Stadt Danzig aufwies, sowie der Name des Staates als Republik Österreich bestimmt<sup>3</sup>.

Trotz dieser internationalen Vorgaben blieb die junge Republik umstritten. Einzelne Bundesländer versuchten noch durch eigene Volksabstimmungen einen regionalen Anschluss an die Weimarer Republik zu erreichen. Dabei sprachen sich im Jahre 1921 bei einer Beteiligung von rund 90 % der Abstimmungsberechtigten 98,6 % der Abstimmenden in Tirol für die Aufnahme von Anschlussverhandlungen mit dem Deutschen Reich aus; in Salz-

---

1 Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich, Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 1918, Stück 1, Nummer 5.

2 Siehe dazu F.L. CARSTEN, Die Erste Österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen (Wien 1988) 15.

3 Siehe vor allem Major Peace Treaties of Modern History, 1648–1967, Bd. 3, hrsg. von Fred ISRAEL (New York 1967) 1567.

burg waren es bei einer Abstimmungsbeteiligung von rund 80 % 99,3 %<sup>4</sup>. Im weit westlich gelegenen Vorarlberg wiederum hatten sich schon 1919 rund 80 % der Abstimmenden für Anschlussverhandlungen mit der Schweiz ausgesprochen, wobei die in diesem Bundesland etwas mehr ins Gewicht fallende Opposition vornehmlich aus deutschnationalen Kreisen kam<sup>5</sup>. Auf alliierten Druck hin wurden weitere Abstimmungen unterbunden.

Auch die politischen Parteien gaben die Hoffnung auf die zukünftige Vereinigung mit der deutschen Republik nicht auf und verankerten sie in ihren Parteiprogrammen. Etwas vieldeutiger formulierten noch die Christlichsozialen: *Insbesondere verlangt sie [die christlichsoziale Partei] auch die Gleichberechtigung des deutschen Volkes in der europäischen Völkerfamilie und die Ausgestaltung des Verhältnisses zum Deutschen Reich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes.*<sup>6</sup> Unmissverständlich waren dagegen die Sozialdemokraten: *Die Sozialdemokratie betrachtet den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich als notwendigen Abschluß der nationalen Revolution von 1918. Sie erstrebt mit friedlichen Mitteln den Anschluss an die Deutsche Republik, sowie als Vertreter des nationalliberalen Lagers die Großdeutschen: Der unverrückbare Leitstern unserer Außenpolitik ist der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und der Landbund: Der Zusammenschluß aller deutschen Stämme von Mitteleuropa zu einem einheitlichen Volksstaate ist sein [des Landbunds] unverrückbares Ziel.*<sup>7</sup>

Viele österreichische Vereine schlossen sich breiteren deutschen Dachverbänden an und demonstrative Großveranstaltungen vereinten Chormitglieder, katholische Aktivisten, Turner und Universitätslehrer aus dem

---

4 Die Zahlen für das Ergebnis der Volksabstimmungen stammen aus Lajos KEREKES, *Von St. Germain nach Genf: Österreich und seine Nachbarn 1918–1922*, übersetzt von Johanna Till (Wien 1979) 288, und Dirk HÄNISCH, *Die österreichischen NSDAP-Wähler: Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils* (Wien 1998) 33 f.

5 Zur Entwicklung in Vorarlberg siehe Werner DREIER, *Vorarlberg und die Anschlussfrage*, in: *Tirol und der Anschluß*, hrsg. von Thomas ALBRICH, Klaus EISTERER, Rolf STEININGER (Innsbruck 1988) 183–220.

6 Das Programm der Christlichsozialen Partei, 1926, in: *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966*, hrsg. von Klaus BERCHTOLD (München 1967) 374.

7 Siehe Das 'Linzer Programm' der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, 1926, in: *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966*, hrsg. von Klaus BERCHTOLD (München 1967) 264; Das 'Salzburger Programm' der Großdeutschen Volkspartei, 1920, in: ebd. 446; und Politische Leitsätze des Landbundes für Österreich, 1923, in: ebd. 483.

deutschen Sprachraum<sup>8</sup>. Der Österreichisch-Deutsche Volksbund, dem sich führende Politiker aller großen Parteien zur Förderung des Anschlussgedankens angeschlossen hatten, umfasste 1930 über eine Million Mitglieder, wobei allerdings der korporative Beitritt von ganzen Organisationen berücksichtigt werden muss<sup>9</sup>.

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland änderten sich auch die Rahmenbedingungen des deutsch-österreichischen Verhältnisses. Ein Zusammenschluss der beiden Staaten hätte nicht mehr zwei demokratische Gesellschaften miteinander verbunden, sondern die Eingliederung Österreichs in die nationalsozialistische Diktatur bedeutet. Sowohl Christlichsoziale wie Sozialdemokraten suspendierten daher ihre Anschlussforderungen. Vor allem die Sozialdemokraten machten dabei aber klar, dass dies keineswegs als dauerhafte Abwendung von Deutschland zu verstehen sei. Vielmehr wolle man Österreich dadurch als Zufluchtsstätte für die deutsche Freiheit, Demokratie, Kultur und Arbeiterbewegung bewahren, bis ganz Deutschland wieder frei würde<sup>10</sup>. Und noch nach dem deutschen Einmarsch im März 1938 erklärten führende Exilsozialdemokraten, dass der Widerstand nicht der Wiederherstellung des verschwundenen Österreichs gelten könne, sondern nur der gesamtdeutschen Revolution<sup>11</sup>.

Der Gedanke an eine eigenständige österreichische Nation fand in den Kernbereichen der Bevölkerung wenig Widerhall. An den gesellschaftlichen Außenpolen wuchsen indes neue Vorstellungen heran. Die Anhänger des ehemaligen Kaiserhauses konnten dem Anschluss an Deutschland nichts abgewinnen, weil er die von ihnen erhoffte Rückkehr der Habsburger auf den Thron ausgeschlossen hätte. Obwohl sie ursprünglich kein besonderes Interesse an der Nationsfrage hatten – ihre Loyalität richtete sich ja an ganz anderen Anknüpfungspunkten aus –, erkannten die Legitimisten die Not-

---

8 Zu diesem Aktivismus siehe auch Erin R. HOCHMAN, Ein Volk, ein Reich, eine Republik: Großdeutsch Nationalism and Democratic Politics in the Weimar and First Austrian Republics, in: *German History* 32 (2014) 29–52.

9 Siehe Peter KATZENSTEIN, *Disjoined Partners* (Berkeley 1976) 147; Wolfgang ROSAR, *Deutsche Gemeinschaft: Seyss-Inquart und der Anschluß* (Wien 1971) 46.

10 Oesterreichs staatliche Zukunft und die Sozialdemokratie, in: *Arbeiter-Zeitung* (13.5.1933) 1.

11 Fritz KLENNER, *Eine Renaissance Mitteleuropas: Die Nationswerdung Österreichs* (Wien 1978) 190.

wendigkeit, ihre Argumentation auf eine breitere Grundlage zu stellen, und entwickelten die Lehre vom Österreichischen Menschen. Der Österreicher wurde als übernationaler Mittler zwischen den Völkern beschrieben, als sprachengewandt, anpassungsfähig, kunstsinnig und ganz von der Tradition des Kaiserreiches geprägt<sup>12</sup>.

In den 1930er-Jahren schlossen sich kommunistische Stimmen dieser Neuorientierung an. Alfred Klahrs im Jahre 1937 in „Weg und Ziel“ veröffentlichte Beitragsreihe zu diesem Fragenbereich kann als theoretische Gründungsurkunde der Österreichischen Nation gesehen werden und gipfelte in der Forderung: *Können wir, die kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterbewegung, die Entwicklung der österreichischen Nation öffentlich anerkennen und fördern? Wir können dies nicht nur, wir müssen es heute tun.*<sup>13</sup> Die Kurswende der Partei wurde allerdings nicht in Österreich, sondern von der Komintern-Zentrale in Moskau festgelegt, der jedes Mittel zur Verhinderung des durch einen möglichen Anschluss drohenden Machtzuwachses für ihren nationalsozialistischen Hauptwidersacher recht sein musste. Radomir Luža beschrieb die Hintergründe dieser Einflussnahme: „Der Promotor der neuen KP-Politik der österreichischen Unabhängigkeit, Georgi Dimitrov, Sekretär der Komintern, setzte das Thema offensichtlich nach Abschluss des Abkommens vom 12. Juli 1936 zwischen Hitler und Schuschnigg durch. Noch am 11. Juli hatte das Politbüro der KPÖ die alte These aufrechterhalten, wonach sich 'die Österreicher als Teil der deutschen Nation betrachten, mit der sie sich vereinigen würden'“.<sup>14</sup>

Die Österreichische Nation galt den Monarchisten als einzige Hoffnung auf die Wiederkehr des habsburgischen Kaisertums, den Kommunisten als Beitrag zur außenpolitischen Sicherheit der Sowjetunion. Nachdem ein selbst aus Österreich stammender Diktator den Anschluss im Jahre 1938 dennoch vollzogen hatte – allerdings unter Umständen, die sich erheblich von der Vorstellung der demokratischen Großdeutschen des Jahres 1918 unterschieden – schien der Gedanke an ein eigenständiges österreichisches Staatswesen

---

12 Siehe dazu Oscar SCHMITZ, *Der österreichische Mensch* (Wien 1924).

13 Siehe dazu RUDOLF [Alfred KLAHR], *Zur nationalen Frage in Österreich*, in: *Weg und Ziel, Blätter für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung*, 2:3 (1937) 126–133, und 2:4 (1937) 173–181, und Franz MAREK, *Die österreichische Nation in der wissenschaftlichen Erkenntnis*, in: *Die österreichische Nation*, hrsg. von Albert MASSICZEK (Wien 1967) 156.

14 Radomir LUŽA, *The Resistance in Austria, 1938–1945* (Minneapolis 1984) 23.

für immer abgeschlossen. Die zeitliche Verknüpfung der Anschlusswirklichkeit mit Krieg und Einparteienherrschaft schuf in den darauffolgenden Jahren erste Voraussetzungen für eine geistige Neuorientierung außerhalb der politischen Randgruppen. Den endgültigen Umbruch brachte aber das Jahr 1945, in dem die Alliierten in Österreich Einzug hielten.

## Nach 1945

Aus der totalen Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg erwuchs die Wiederbegründung der österreichischen Republik, zugleich aber auch die Besetzung durch die vier Siegermächte. Jeder Hinweis auf Österreichs deutsche Bezugspunkte verknüpfte die österreichische mit der weitaus komplexeren deutschen Frage und erschwerte eine rasche und zufriedenstellende Abwicklung des Besatzungsregimes. Wenn Österreich seine volle Souveränität zurückgewinnen wollte, schien eine Abgrenzung von allem Deutschen daher eine patriotische Notwendigkeit<sup>15</sup>.

Seitdem galt aber nicht bloß die Frage der politischen Unabhängigkeit als entschieden. Mit der Übernahme gesellschaftlicher Führungspositionen durch die Anhänger einer eigenständigen Österreichischen Nation kam ein darüber weit hinausgehender Erziehungsprozess in Gang. Nicht zuletzt dem Unterrichtswesen wurde dabei eine wichtige Aufgabe gesetzt. Das Parteiprogramm der Österreichischen Volkspartei, der führenden politischen Kraft der ersten Nachkriegsjahre, verlangte von den Schulen:

*Zielbewußte Pflege des österreichischen Geistes und schärfste Betonung des eigenständigen österreichischen Kulturgutes...*

*In den Schulen aller Stufen, einschließlich der Fachschulen, restlose Durchdringung des Unterrichtes mit österreichischem Gedankengut und Heranbildung der Jugend zu bedingungslosen Österreichern...*

*Intensivste Arbeit am Aufbau der österreichischen Nation, die starkes, stolzes österreichisches Staats- und Kulturbewußtsein formen muß.*<sup>16</sup>

---

15 Siehe dazu etwa Erich ZÖLLNER, *Der Österreichbegriff: Formen und Wandlungen in der Geschichte* (Wien 1988) 93.

16 *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966*, hrsg. von Klaus BERCHTOLD (Wien 1967) 376 ff.

Das neue staatliche Selbstverständnis beruhte auf Abgrenzung von Deutschland. Österreich sei nie Teil Deutschlands oder einer deutschen Nation gewesen<sup>17</sup>. Manche Autoren führten die österreichische Eigenständigkeit bis zum Privilegium minus im Jahre 1156 zurück; andere wählten die Auflösung des Heiligen Römischen Reiches im Jahre 1806<sup>18</sup>. Die Österreicher wären anderer Abstammung als die Deutschen und sprächen eine eigene Sprache<sup>19</sup>. Die österreichische Identität sei durch Gegenreformation und Barock geformt und bilde einen katholischen Gegenpol zum protestantischen Deutschland<sup>20</sup>. Die Österreicher fühlten sich ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn näher verbunden als den Deutschen<sup>21</sup>. Und nicht zuletzt: die Österreicher seien 1938 gegen ihren Willen vom Deutschen Reich annektiert worden; sie wären von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen worden und hätten im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen das Regime Widerstand geleistet. Sie wären ein Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands gewesen<sup>22</sup>.

Während dieses Österreichbild ursprünglich auf aktivistische Minderheiten vor allem des legitimistischen Umfelds beschränkt war, rückte es nunmehr ins Zentrum der öffentlichen Bewusstseinsbildung. Zuerst gelang dies innerhalb des katholisch-konservativen Lagers, dem dieser betonte Österreichpatriotismus zur politischen Legitimierung nach dem autoritären

---

17 Siehe etwa Wilhelm BÖHM in: Österreichische Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht, hrsg. vom BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT (Wien 1961) 151; Ernst FISCHER, Der österreichische Volks-Charakter (London 1944).

18 Siehe Ernst Joseph GÖRLICH, Handbuch des Österreichers (Wien 1949) für das Privilegium minus, und Felix KREISSLER, Der Österreicher und seine Nation (Wien 1984), mit Fokus auf 1806.

19 Alfred MISSONG, 25 Thesen zur österreichischen Nation, in: Österreichische Monatshefte 11 (1948) 484–488, stellt ein Beispiel für die Abstammungstheorie dar; die Sprachtheorie kommt unter anderem in C. F. HRAUDA, Die Sprache des Österreichers (Salzburg 1949) zum Ausdruck.

20 Siehe unter anderem Ludwig REITER, Österreichische Staats- und Kulturgeschichte (Klagenfurt 1947) 122.

21 Siehe etwa Moritz CSÁKY, Wie deutsch ist Österreich – eine ewiggestrige Frage?, in: Die Presse (21./22. Dezember 1985) 11.

22 Diese Haltung prägte schon die Gründung der Zweite Republik und nahm einen wichtigen Platz in ihrer Unabhängigkeitserklärung ein. Siehe Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich 1945, Stück 1, Nr. 1. Auch das halbamtliche Rot-Weiss-Rot-Buch des Jahres 1946 nannte Österreich daher das erste und zugleich von der Welt im Stich gelassene Opfer der nationalsozialistischen Aggression. Siehe Rot-Weiss-Rot-Buch (Wien 1946) 5. Für wissenschaftliche Ausformungen siehe Karl STADLER, Österreich 1938–1945 (Wien 1966) und Felix KREISSLER, Der Österreicher und seine Nation (Wien 1984).

Zwischenspiel der Jahre 1934–1938 verhalf. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten konnten die Konservativen zumindest auf einen nationalösterreichischen Ansatz in der Zwischenkriegszeit verweisen, wenngleich dieser nicht meinungsbestimmend gewesen war. Und da die in den ersten Nachkriegsjahren vor allem durch die sowjetische Besatzungspräsenz noch einflussreiche Kommunistische Partei weitgehend die konservative Nationalsymbolik übernahm, prägten ihre Kernpunkte den öffentlichen Diskurs. Die österreichischen Sozialdemokraten hielten sich anfänglich eher bedeckt. Vereinzelter innerparteilicher Widerstand gegen das neue Staatsverständnis wurde von der Parteiführung pragmatisch unterbunden<sup>23</sup>.

Die gemeinschaftlichen Anstrengungen einer in großen Koalitionen mit hohem Staatseinfluss organisierten Konkordanzdemokratie begannen sich im öffentlichen Bewusstsein auszuwirken. Meinungsbefragungen zufolge war der Anteil der Österreicher, die sich als Deutsche bezeichnen, bis zum Jahre 1956 auf knapp unter die Hälfte gefallen und bis zu den siebziger Jahren auf weniger als ein Zehntel. Eine Zusammenstellung zahlenmäßig erfassbarer Befunde über die nationale Einstellung der Österreicher stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 1

Übersicht über messbare Ausdrücke des österreichischen Nationsverständnisses

Jahr/Gebiet	Befragungsform	Aussage	%ja
1956 Österreich	Umfrage	Österreicher sind Deutsche	46
1964 Österreich	Umfrage	Österreicher sind keine Nation	15
1970 Österreich	Umfrage	Österreicher sind keine Nation	8
1994 Österreich	Umfrage	Österreicher sind keine Nation	8

Quellen: *Österreich – Von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein*, hrsg. von Georg Wagner (Wien 1982) 124; *SWS Rundschau* 34, Nr. 2, 1994, 210<sup>24</sup>.

23 Für unterschiedliche zeitgenössische Stimmen dazu siehe Julius BRAUNTHAL, *The Tragedy of Austria* (London 1948), und Karl RENNERT, *Die ideologische Ausrichtung der Politik Österreichs*, in: *Wiener Zeitung* (19.1.1947) 1 f.

24 Ein Ja im Jahre 1956 bezeichnete die Österreicher als einen Teil des deutschen Volkes; ein Ja in den letzten drei Umfragen drückte die Meinung aus, dass die Österreicher keine eigene Nation seien.

Diese Ergebnisse bestätigen die grundlegenden Veränderungen im österreichischen Selbstverständnis nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Identifikation mit einer eigenständigen österreichischen Nation etablierte sich in großen Teilen der Bevölkerung, wenngleich es weiterhin eine Minderheit von rund 5-10 % der Bevölkerung gab, die diese Vorstellung ablehnte. Allerdings lässt sich aus diesen Umfragen nicht ableiten, welche Vorstellungen sich mit diesem Nationsbild verbanden. Ein positives Verhältnis zum eigenen Staat, seiner landschaftlichen Schönheit und seiner wirtschaftlichen und politischen Stabilität ist aus vielen Untersuchungen ablesbar, die den Österreichern auch weitaus höheren Stolz auf ihr Land attestieren als etwa den Bewohnern der Bundesrepublik Deutschland<sup>25</sup>. Zugleich zeigten Umfrageergebnisse, dass sich die von der Nachkriegspolitik als so zentraler Gesichtspunkt der Nationsbildung gesehene Abgrenzung von allem Deutschen in der Bevölkerung nicht gleichermaßen durchgesetzt hatte. So gaben die Österreicher in Umfragen regelmäßig die Deutschen als die ihnen ähnlichsten Nachbarn an, deutlich vor Ungarn, Tschechen oder auch Schweizern<sup>26</sup>. In Beantwortung einer Umfrage im Jahre 1994, zu welchen Nachbarregionen sie sich stark oder sehr stark hingezogen fühlten, nannten 46 % der befragten Österreicher Bayern, noch vor den 41 %, die Südtirol, und den 30 %, die die Schweiz anführten. Nichtdeutschsprachigen Gebieten wie Ungarn oder Tschechien fühlten sich nur 13 beziehungsweise 5 % der Befragten gleichermaßen eng verbunden<sup>27</sup>. Auch eine eigenständige österreichische Nation schien in den Augen der Bevölkerung also erhebliche Schnittstellen mit dem übrigen deutschsprachigen Raum aufzuweisen.

---

25 Siehe etwa Identität und Nationalstolz der Österreicher, hrsg. von Max HALLER (Wien 1996) 468.

26 Siehe etwa Nation und Nationalbewußtsein in Österreich, hrsg. von Albert REITERER (Wien 1988) 121 f.

27 Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS), FB 297 (1994).

## 2. Die österreichische Nation und die deutschsprachigen Minderheiten in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie

Die Umorientierung des österreichischen Selbstverständnisses hatte nicht nur innenpolitische Konsequenzen. Sie wies auch potenzielle wie reelle Auswirkungen auf das Verhältnis Österreichs zu den deutschsprachigen Minderheiten in anderen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie auf. Viele dieser Bevölkerungsgruppen waren 1918 als Teil des neuen deutschösterreichischen Staates definiert wurden. Im Gesetz vom 22. November 1918 über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich hieß es:

### § 1.

*Die Republik Deutschösterreich übt die Gebietshoheit über das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der bisher im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder aus.*

*Die Republik umfaßt: Die Länder Österreich unter der Enns einschließlich des Kreises Deutsch-Südmähren und des deutschen Gebietes um Neubistritz, Österreich ob der Enns einschließlich des Kreises Deutsch-Südböhmen, Salzburg, Steiermark und Kärnten mit Ausschluß der geschlossenen jugoslawischen Siedlungsgebiete, die Grafschaft Tirol mit Ausschluß des geschlossenen italienischen Siedlungsgebietes, Vorarlberg, Deutschböhmen und Sudetenland, sowie die deutschen Siedlungsgebiete von Brünn, Iglau und Olmütz.<sup>28</sup>*

Zusätzlich wurden auch Ansprüche auf das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet in Westungarn erhoben. Nicht zuletzt durch den Einschluss der über drei Millionen deutschsprachigen Bewohner der böhmischen Länder war dadurch ein großer Teil der späteren deutschen Minderheiten in den Nachfolgestaaten als Teil der deutschösterreichischen Staatsbevölkerung bestimmt worden. Dieser Anspruch konnte allerdings außenpolitisch nicht durchgesetzt werden. Das österreichische Staatsgebiet erhielt durch den Friedensvertrag seinen noch heute gültigen, bedeutend engeren Rahmen.

---

28 Gesetz vom 22. November 1918 über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich, Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 1918, Stück 9, Nr. 40.

Wenngleich staatsrechtlich ein Unterschied zwischen den Bewohnern des neuen Österreichs und den übrigen deutschsprachigen Bevölkerungen der Habsburgermonarchie entstanden war, erloschen damit nicht die engen Beziehungen. Die Erste Republik war bewusst als Vertretung der Deutschen der ehemaligen Monarchie gegründet worden. In der frühen Republik war man auch sehr darauf bedacht, deutschsprachigen Zuwanderern aus den Nachfolgestaaten den Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft möglichst einfach zu gestalten<sup>29</sup>. Auch danach betrachtete man sich als natürliche Schutzmacht für diese Minderheiten und wachte manchmal sogar recht eifersüchtig darüber, in dieser Rolle nicht vom Deutschen Reich überflügelt zu werden. Die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland komplizierte danach das Verhältnis zwischen verschiedenen deutschsprachigen Bevölkerungen, bis sich Ende der 1930er Jahre eine Gleichschaltung auf nationalsozialistischer Grundlage durchsetzte. Im Jahre 1938 fanden sich sowohl Österreicher wie Sudetendeutsche in Hitlers Reich wieder, wie auch die deutschen Minderheiten im Südosteuropa zunehmend nazifiziert wurden. An der Ausdehnung der deutschen Macht- und Einflussosphäre nach Südosteuropa während des Zweiten Weltkrieges waren Österreicher wie Sudetendeutsche schon als Reichsangehörige beteiligt.

Mit der deutschen Niederlage und der Wiedererrichtung der österreichischen Republik änderte sich auch das Verhältnis Österreichs zu den ehemaligen Schicksalsgefährten. Als die deutschsprachigen Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem europäischen Südosten und den böhmischen Ländern zu Hunderttausenden in Österreich ankamen, wollte man mit ihnen möglichst wenig zu tun haben<sup>30</sup>. Auch in der Flüchtlingsfrage zeichnete sich der nationale Gleichklang von Konservativen und Kommunisten ab. Als der konservative Bundeskanzler Leopold Figl die 1945 in Österreich zu erwartenden Sudetendeutschen nach Deutschland geschickt haben wollte, wusste der kommunistische Staatssekretär Franz Honner Rat: die Sowjets könnten

---

29 Siehe Stenographisches Protokoll der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten, 181 f., in Protokolle über die Sitzungen der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich: 1918 und 1919 (Wien 1919) und Vom Rechtlosen zum Gleichberechtigten, Bd. 2, hrsg. von Edwin MACHUNZE (Salzburg 1976) 13.

30 Die deutschsprachigen Vertriebenen und Flüchtlinge in Österreich kamen fast ausschließlich aus dem Bereich der ehemaligen Habsburgermonarchie.

diese Menschen ja zum Arbeitseinsatz nach Ostpreußen abschieben<sup>31</sup>. Den desolaten Kolonnen der ausgewiesenen deutschsprachigen Bevölkerung aus der südmährischen Metropole Brünn verweigerte man überhaupt den Grenzübertritt, bis internationaler Druck ein Umdenken erwirkte<sup>32</sup>. Und in Bezug auf die aus der kleinen deutschen Sprachinsel der Gottschee, nicht weit südlich der Grenze in Slowenien, ausgewiesenen Altösterreicher warnte Honner: *Auch ein Entgegenkommen gegenüber den Gottscheer Deutschen würde uns bei Jugoslawien in Misskredit bringen. Der Zustrom dieser Leute wäre mit allen Mitteln abzuhalten, indem wir sie als unerwünschte Ausländer betrachten und ihnen keinerlei Hilfe gewähren.*<sup>33</sup> Alfred Missong schließlich konnte als Vordenker der Regierungspartei ÖVP und Mitgestalter ihres Parteiprogramms im Rahmen seiner 25 Thesen über die österreichische Nation festlegen:

*Das im Aufbau begriffene neue Europa hat die nationalstaatliche Formung seiner Gliedgebilde zum Fundament. Jeder europäische Staat ist bemüht, alle fremdnationalen Elemente (Minderheiten) nach Möglichkeit hundertprozentig auszuscheiden. Ferner geht die Tendenz dahin, jeder numerisch einigermaßen ins Gewicht fallenden Nation ihren eigenen, aber eben nur e i n e n und nicht mehrere Staaten als Aktionsfeld zu sichern. Es wird daher in Zukunft auch keine „Volksdeutschen“ mehr geben, sondern diese werden, soweit sie nicht in Überseestaaten oder – als Volksösterreicher – in Österreich Aufnahme finden, dem zukünftigen deutschen Staat einverleibt werden.*<sup>34</sup>

Da ihre deutschen Besatzungszonen schon mit Flüchtlingen überlastet waren, legten die Besatzungsmächte dieser Weiterverschiebung allerdings enge Grenzen auf. Der österreichischen Regierung blieb deswegen nichts Anderes übrig, als die unerwünschten Zuwanderer zumindest einstweilig im Lande zu behalten. Vor allem kirchliche Kreise und das ab 1949 durch den Verband der Unabhängigen sowie dessen Nachfolger FPÖ wieder parteipolitisch vertretene nationalliberale Lager setzten sich auch bald für eine gesellschaftliche

---

31 Robert KNIGHT, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“ (Frankfurt 1988) 91, 95.

32 Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, hrsg. vom BUNDESMINISTERIUM FÜR VERTRIEBENE (Bonn 1957) 108.

33 KNIGHT, Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen 96.

34 Alfred MISSONG, 25 Thesen zur österreichischen Nation, in: Österreichische Monatshefte 11 (1948) 486.

Eingliederung der Flüchtlinge ein, wie auch die Großparteien das darin liegende Wählerpotential nicht auf Dauer ignorieren konnten<sup>35</sup>. Eine besondere Verantwortung für diese Bevölkerungen lehnte die Regierung aber weiterhin ab und verwies auf das Potsdamer Abkommen, das eine Repatriierung deutscher Minderheiten in verschiedenen osteuropäischen Ländern nach Deutschland vorgesehen habe<sup>36</sup>. Mit Österreich hätten diese Bevölkerungen jedenfalls nichts zu tun, weshalb deren Forderungen nach rechtlicher Besserstellung vom zuständigen Ministerialrat Alfons Just als Ausdruck von Undankbarkeit zurückgewiesen wurden:

*Als in den Jahren 1945 und 1946 die Volksdeutschen aus drei Himmelsrichtungen über unsere Grenzen flüchteten, bekamen wir oft genug von ihnen zu hören, daß sie glücklich und zufrieden sein würden, wenn sie nur bei uns bleiben könnten, gleichviel unter welchen Umständen. Das hat sich geändert. Heute lesen wir in den volksdeutschen Zeitungen Vorwürfe, daß die Volksdeutschen noch keine Vertretung in unserer Regierung und unseren Ämtern haben, daß sie ihre ehemaligen Berufe nicht in Österreich weiter ausüben können, daß Österreich nicht ihre Pensionen und Renten bezahlt, usw. Das ist befremdlich. Es kann den Volksdeutschen nicht unbekannt sein, daß kein Land der Welt, Deutschland ausgenommen, den DPs und Flüchtlingen, die zu ihm gekommen sind, irgendeine Pension oder Rente bezahlt. Es kann ihnen nicht unbekannt sein, daß sie ihre Zeugnisse, Diplome, usw. in jedem Land nostrifizieren lassen müssen, und daß die Ausübung akademischer Berufe in keinem gestattet wird. Das alles wissen sie und dennoch machen sie Österreich aus seiner Handlungsweise einen Vorwurf.<sup>37</sup>*

Mit den Jahren zeigte sich, dass ein Teil dieser Flüchtlinge für immer in Österreich bleiben würde und sich auch nützlich in Gesellschaft und Wirtschaft integrieren ließ. Von insgesamt rund 481.000 volksdeutschen Flüchtlingen wurden rund 160.000 nach Deutschland überführt und rund 57.000 wanderten nach Übersee aus. Damit hielten sich 1958 noch etwa 264.000 Angehörige

---

35 Einen Einblick in die Haltungen der Parteien bietet die umfangreiche Sammlung von Edwin MACHUNZE, Vom Rechtlosen zum Gleichberechtigten: Die Flüchtlings- und Vertriebenenfrage im Wiener Parlament, 4 Bände (Salzburg 1974–1978).

36 Sind eine Schande, in: Der Spiegel 2 (1951) 19 f.

37 Zitiert nach Brunhilde SCHEURINGER, Dreißig Jahre danach (Wien 1983) 255 f.

dieser Bevölkerungsgruppe in Österreich auf, wovon 228.000 inzwischen eingebürgert worden waren<sup>38</sup>. Dennoch wurden ihnen bei der Anerkennung von Berufsausbildungen sowie von sozialen Ansprüchen noch lange Hindernisse in den Weg gelegt. Eine kollektive Verantwortung für die deutschsprachigen Flüchtlinge aus der ehemaligen Habsburgermonarchie, wie sie die Bundesrepublik Deutschland in ihrem Bereich übernahm, stand in Österreich nicht auf der Tagesordnung.

### 3. Die Südtirolfrage in der österreichischen Nationsbildung

Die innere Logik dieser Entwicklung hätte auch Bedeutung für das Verhältnis Österreichs zu Südtirol gehabt. Wenn Österreich den deutschsprachigen Bevölkerungen der ehemaligen Habsburgermonarchie gegenüber keine Schutzmachtrolle mehr ausübte, musste dies nicht auch für Südtirol gelten? Diese Schlussfolgerung wollte so gut wie niemand in der österreichischen politischen Führung ziehen. Ganz im Gegenteil wurde die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler und deren Rückkehr nach Österreich schon 1945 zu einer wichtigen Zielsetzung der wiedererstandenen Republik. Als laut Moskauer Erklärung befreites Land machte man sich Hoffnungen, gegenüber dem vor kurzem noch faschistischen Italien eine realistische Chance auf Grenzrevision zu haben. Schon am 4. September 1945 forderte der neue Tiroler Landeshauptmann Karl Gruber die Wiedervereinigung Nord- und Südtirols, und Bundeskanzler Leopold Figl nannte Südtirols Rückkehr im Dezember 1945 ein Gebet jedes Österreicher<sup>39</sup>.

Die Hoffnung auf die Rückgewinnung Südtirols erwies sich bald als trügerisch. Die westlichen Großmächte waren nicht bereit, für das in jeder Hinsicht unsichere Österreich das wichtige Italien vor den Kopf zu stoßen. Erreicht werden konnte das Pariser Abkommen des Jahres 1946, das neben der Zusicherung kultureller Minderheitenrechte und alltäglicher Erleichterungen eine regionale Autonomie in Aussicht stellte und zugleich Österreich

---

38 Ebd. 335.

39 Rolf STEININGER, *Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen* (Innsbruck 1987) 27, 36.

zum Vertragspartner in der Südtirolfrage machte<sup>40</sup>. Die österreichischen Regierungen beriefen sich später auch regelmäßig auf das Pariser Abkommen, wenn Italien Südtirol als rein italienische Angelegenheit bezeichnete.

Auf welcher theoretischen Grundlage sollte Österreichs Engagement in Südtirol aber beruhen, und was bedeutete diese für das neue Selbstverständnis des österreichischen Staates? Ein möglicher Zugang war die Propagierung einer österreichischen Ethnonation und ihre Übertragung auf ausgewählte Bevölkerungen außerhalb des Landes. Schon in seiner Begründung zur Abschiebung deutschsprachiger Flüchtlinge aus ehemaligen Habsburgerländern hatte Alfred Missong eine Trennlinie zwischen „Volksdeutschen“ und „Volksösterreichern“ gezogen, wobei Letztere in Österreich verbleiben können sollten<sup>41</sup>. Auch von anderer Seite wurden solche Unterscheidungen vorgenommen und bezüglich einzelner Gruppen, wie den Flüchtlingen aus früher zu Niederösterreich gehörenden Gebieten der Tschechoslowakei, durch erleichterten Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft umgesetzt<sup>42</sup>. Auf breiterer Ebene war eine Differenzierung der deutschsprachigen Flüchtlinge aber weder durchführbar noch wirklich gewünscht<sup>43</sup>.

In den 1950er Jahren zeigte sich ganz allgemein, dass eine ethnonationale Ausformung der gesellschaftlichen Akzeptanz des neuen österreichischen Nationalgedankens abträglich war. Während die früher so großdeutsch ausgerichtete Sozialdemokratie langsam auf den Gedanken einer österreichischen Vernunftsnation einschwenkte, blieben die großangelegten Konzeptionen eines barock-katholischen und seit Jahrhunderten durch Habsburgtreue vom übrigen deutschen Sprachraum getrennten Österreichs für sie unannehmbar. Selbst innerhalb der Österreichischen Volkspartei gewannen die Pragmatiker die Oberhand über die nationalen Aktivisten. Tragende Plattform der Selbständigkeit wurde die österreichische Staatsnation, die kulturelle und historische Bindungen zum übrigen deutschen Sprachraum

---

40 Zur Südtirolpolitik der frühen Nachkriegszeit und zum Pariser Abkommen siehe: Ebd.

41 Alfred MISSONG, 25 Thesen zur österreichischen Nation, in: Österreichische Monatshefte 11 (1948) 486.

42 Eduard STANEK, Verfolgt, verjagt, vertrieben: Flüchtlinge in Österreich von 1945–1984 (Wien 1985) 24.

43 Dies ist auch an der oben zitierten Aussage Staatssekretär Honners zu den Gottscheern abzulesen, die nach Missongs Terminologie als „Volksösterreicher“ aufzufassen gewesen wären.

durchaus einräumen konnte, aber die Zukunft in einem politischen und identitätsmäßigen Eigenweg sah. Diese demokratische und seit dem Jahre 1955 auch wieder selbstbestimmte Staatsnation Österreich berief sich auf die Prägungskraft staatlicher Institutionen und Erfahrungen. Sprache habe bloß geringe Bedeutung für das Selbstverständnis einer Bevölkerung. Dazu verwies man auf die Vielsprachigkeit der Schweiz sowie die durch die gemeinsame Sprache und zum Teil auch Geschichte keineswegs verminderte Nationsverschiedenheit von Großbritannien und den USA.

Diese Vorstellungen passten problemlos zur Abgrenzung von den deutschsprachigen Flüchtlingen aus den Nachfolgestaaten. In Bezug auf Südtirol allerdings warfen sie Fragen auf. Was gingen die durch innerstaatliche Gemeinsamkeiten geformte Staatsnation Österreich die Bewohner eines Nachbarstaates an, die an diesen Institutionen und Erfahrungen ja keinen Anteil hatten? Aus heutiger Sicht mag es erscheinen, als ob die Südtiroler immer schon engere Bande zu den Bewohnern des heutigen Österreichs hatten als die deutschsprachigen Bevölkerungen in anderen Nachfolgestaaten. Zumindest für das ostösterreichische Kernland spiegelt dies aber nunmehrige Verhältnisse zurück in die Vergangenheit. Südmähren etwa lag historisch weit näher an Wien als die meisten österreichischen Bundesländer, nicht nur geographisch, sondern auch sprachlich und migrationsmäßig. Es mag dieses Faktum illustrieren, dass die beiden ersten Präsidenten Nachkriegsösterreichs, die Sozialdemokraten Karl Renner und Adolf Schärf, aus südmährischen Heimatorten nach Wien gezogen waren. Noch umfassender kam die Bedeutung des breiteren böhmischen Raumes in der österreichischen Verwaltungselite zum Vorschein. Von 304 Sektionschefs der österreichischen Zwischenkriegsministerien waren 123 in Wien und Niederösterreich geboren, 79 in den böhmischen Ländern, und nur 53 in den restlichen österreichischen Bundesländern; aus Salzburg oder Vorarlberg stammten jeweils nicht mehr als 3<sup>44</sup>. Die Verbindungen zwischen Wien und den böhmischen Ländern stellten die Verbindung zu Westösterreich im frühen 20. Jahrhundert noch deutlich in den Schatten.

Wodurch unterschieden sich also die Südtiroler, für die sich Österreich weiterhin zuständig betrachtete, von den Gottscheern oder Sudeten-

---

44 Siehe Gertrude ENDERLE-BURCEL, Michaela FOLLNER, Diener vieler Herren: Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945 (Wien 1997) 510.

deutschen, für die das nicht gelten sollte? Die Differenzierung wirkte eher pragmatisch als grundsätzlich. Eine Sonderstellung Südtirols ergab sich aus der Rolle des Bundeslandes Tirols. Zwar hatten auch Länder wie Kärnten, Niederösterreich und nicht zuletzt die Steiermark nach dem Ersten Weltkrieg deutschorientierte Bevölkerungsgruppen an Nachbarstaaten verloren, doch fielen diese Minderheiten 1945 kaum mehr ins Gewicht. Die Abtrennung der südlichen Landesteile bis Salurn war dagegen als prägendes Ereignis ins Tiroler Bewusstsein eingegangen. Schon in der Zwischenkriegszeit hatte man durch Überlegungen zur Eigenstaatlichkeit oder zum eigenständigen Anschluss an das Deutsche Reich zu erkennen gegeben, dass der Zusammenhalt des deutsch- und ladinischsprachigen Tirols für viele regionale Entscheidungsträger wichtiger war als die Verknüpfung mit Wien<sup>45</sup>. Auch in der Zweiten Republik stellte Tirol sich regelmäßig als eines der am stärksten regional geprägten Bundesländer dar. Während sich noch 1987 in einer Umfrage 55 % der Niederösterreicher und 46 % der Wiener vorrangig als Österreicher definierten, waren dies in Tirol nur 19 %. Nicht weniger als 58 % dagegen fühlten sich in erster Linie ihrem Bundesland verbunden<sup>46</sup>. Schon allein aus diesem Grund war es ratsam, die Tiroler Landespolitik nicht vor den Kopf zu stoßen.

Die Südtirolfrage unterschied sich auch dadurch von anderen zeitgenössischen Minderheitenfragen, dass Österreich nicht bloß als uneigennützig Schutzmacht auftrat. Gerade in der frühen Diskussion klang wiederholt durch, dass Österreich selbst durch den Verlust Südtirols Unrecht erlitten habe<sup>47</sup>. Die Ende der 1940er Jahre mit verkehrsmäßigen Argumenten ins Spiel gebrachte Forderung nach Anschluss des nördlichen Südtirols könnte ebenfalls als Bevorrangung österreichischer Interessen aufgefasst werden<sup>48</sup>. Der Identifizierung mit Südtirol half es auch, dass dessen Image sich nahtlos in das Selbstverständnis der die frühen Nachkriegsjahre prägenden Österrei-

---

45 Siehe dazu auch Tirol und der Anschluß, hrsg. von Thomas ALBRICH, Klaus EISTERER, Rolf STEININGER (Innsbruck 1988).

46 DR. FESSEL UND Co., Österreichbewußtsein (1987) 23.

47 Siehe dazu etwa Karl Renner in Stenographisches Protokoll der 1. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 19. Dezember 1945, S. 9. Abgerufen am 22. 5. 2014 unter [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/V/NRSITZ/NRSITZ\\_00001/imfname\\_112493.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/V/NRSITZ/NRSITZ_00001/imfname_112493.pdf)

48 Zur Pustertallösung siehe STEININGER, Los von Rom? 67–87.

chischen Volkspartei einfügen ließ. Mit ihrer Reputation als heimatliebend bodenständiger Bevölkerung mit tiefverwurzelter katholischer Religiosität passten die Südtiroler weit besser zur Symbolsprache des zeitgenössischen Österreichpatriotismus als etwa die Sudetendeutschen, bei denen die christlichsoziale Bewegung schon während der Monarchie von sowohl Deutschnationalen wie Sozialdemokraten überschattet war. Dadurch hatten die Vertreter Südtirols nicht nur enge persönliche Kontakte zu den konservativen Eliten Nachkriegsösterreichs, sondern appellierten auch besser an ihre Gefühlswelt. Sogar der Ruf besonderer Habsburgtreue haftete den Tirolern im Allgemeinen an, was vor allem den intellektuellen Vorkämpfern der nationalen Umorientierung entgegenkam<sup>49</sup>.

Zuletzt darf man aber auch die realpolitischen Besonderheiten der einzelnen Minderheitenfragen nicht außer Betracht lassen. In Südtirol konnte man sich offen für eine deutschsprachige Bevölkerung einsetzen, ohne schmerzhaft Repressalien seitens der Besatzungsmächte befürchten zu müssen. Während Italien als zeitweiliger Verbündeter des nationalsozialistischen Deutschlands nun selbst mit Landeinbußen zu rechnen hatte, zählten die Tschechoslowakei und Jugoslawien zu den Gewinnern des Krieges. Ihre Ausweisungspolitik gegenüber unerwünschten Minderheiten war international abgesichert und wurde vor allem von der Sowjetunion als Instrument der Friedensstiftung dargestellt. Jeder Widerspruch dagegen forderte internationale Angriffe heraus und bedrohte die Kernziele der österreichischen Außenpolitik<sup>50</sup>.

Diese pragmatischen Unterschiede kamen auch in den darauffolgenden Jahrzehnten zu Geltung. Während in den ehemaligen Minderheitsgebieten anderer Nachfolgestaaten kaum mehr deutschsprachige Bevölkerungen vorhanden waren, entwickelte Südtirol sich zu einem internationalen Spannungsherd<sup>51</sup>. Die Konflikte einer historisch und kulturell verbundenen Bevölkerungsgruppe mit einer überlegenen Staatsmacht erregten auch die österreichische Öffentlichkeit. Damit wurde die Südtirolfrage zu einem aus-

---

49 Zum konservativen Österreichpatriotismus der frühen Nachkriegszeit siehe Albert REITERER, Österreichbewußtsein im bürgerlichen Lager nach 1945, in: *Zeitgeschichte* 14 (1986/87) 379–397.

50 Siehe auch Brunhilde SCHEURINGER, *Dreißig Jahre danach* (Wien 1983) 342.

51 Zur Südtirolfrage in dieser zentralen Periode siehe vor allem Rolf STEININGER, *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror: 1947–1969*, 3 Bände (Bozen 1999).

gesprochenen Bindeglied in der österreichischen Gesellschaft, die sogar die neu aufgeworfenen Gegensätze im nationalen Selbstverständnis überwinden half. Für die Österreichische Volkspartei war Südtirol schon durch ihre einseitige Dominanz in der Tiroler Landespolitik ein wesentliches Anliegen, das zugleich auch den Sonderanspruch der Partei auf österreichischen Patriotismus unterstreichen konnte. Die Sozialdemokraten wiederum stellten demokratische Minderheitenrechte in den Mittelpunkt<sup>52</sup>. Auch die Kommunistische Partei konnte sich in den nationalen Konsens einordnen, da die Sowjetunion an diesem Konflikt wenig Anteil nahm und der österreichischen Partei dadurch erheblichen Gestaltungsraum ließ<sup>53</sup>.

Besonders grenzüberwindend wurde die Südtirolfrage aber dadurch, dass auch die verbliebene deutschnationale Opposition die Regierungspolitik mittrug. Grenz- und Minderheitenfragen hatten sogar unter sich weiterhin bewusst als Deutsche fühlenden Österreichern zu einer neuen Wertschätzung der österreichischen Eigenstaatlichkeit geführt. Diese Umorientierung drückte der Kärntner Landesarchivdirektor Wilhelm Neumann aus, der die Unabhängigkeit des österreichischen Staates als Voraussetzung dafür ansah, dass zumindest der Südosten des deutschen Siedlungsgebiets vor Einbußen bewahrt wurde<sup>54</sup>. Dabei dachte Neumann neben der Grenze zu Jugoslawien wohl auch an Südtirol. Immerhin kam es dort zu einer Zeit, als deutschsprachige Minderheiten in weiten Teilen Europas ihre Existenzgrundlage verloren, zu ernsthaften Überlegungen über eine Rückgliederung an Österreich und zuletzt immerhin einer Verbesserung der kulturellen Rahmenbedingungen. Damit trug die Südtirolfrage nicht nur zur Akzeptanz der österreichischen staatlichen Unabhängigkeit unter ihren vormals größten Skeptikern bei, sondern förderte auch den Zusammenhalt von gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlichen Nationsauffassungen.

---

52 Siehe dazu etwa Hans Brachmann in Stenographisches Protokoll, 16. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 22. Mai 1946, S. 253. Abgerufen am 23. 5. 2014 unter [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/V/NRSITZ/NRSITZ\\_00016/imfname\\_141077.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/V/NRSITZ/NRSITZ_00016/imfname_141077.pdf)

53 Zur Haltung der österreichischen Parteien und Öffentlichkeit siehe auch Werner Wolf, Südtirol in Österreich: Die Südtirolfrage in der österreichischen Diskussion von 1945 bis 1969 (Würzburg 1972).

54 Wilhelm Neumann, Bausteine zur Geschichte Kärntens (Klagenfurt 1994) 224.

## 4. Der Einfluss der österreichischen Nationsbildung auf die Südtiroler

Die nationale Umorientierung in Österreich hatte aber auch Bedeutung für die deutschsprachigen Südtiroler. Da sie sich nicht im direkten Wirkungsbereich österreichischer staatlicher Institutionen befanden, nahmen sie nicht unmittelbar am österreichischen Nationsbildungsprozess teil. Zugleich übten österreichische Medien und Universitäten jedoch bedeutsamen Einfluss auf Südtirol aus. Diese Zwischenstellung drückte sich auch im Selbstverständnis der Südtiroler aus, in dem verschiedene Aspekte mitteleuropäischer Identitätsbildung nebeneinander auftraten. Weitaus unproblematischer als in Österreich lebte in Südtirol die Eigen- und Fremdbezeichnung als Deutscher fort, die auch durch die sprachliche Gliederung des nationalen Konfliktverhältnisses vorgegeben war. Zugleich aber nahmen Teile der Südtiroler Öffentlichkeit durchaus die Beschreibung als österreichische Minderheit an, die dem neuen österreichischen Staatsverständnis besser entgekam<sup>55</sup>.

Italienische Politiker wiederum haben den Begriff der österreichischen Minderheit regelmäßig abgelehnt<sup>56</sup>. Dazu trugen auch die unklaren Implikationen einer solchen Definition bei<sup>57</sup>. Solange die Minderheit sich anhand ihrer deutschen Sprache bestimmte, war auch der Rahmen der Autonomie auf diese Weise abgesteckt. Die deutschsprachigen Südtiroler genossen rechtlichen Schutz für ihre kulturelle Eigenart. Politische Grenzen wurden dadurch nicht berührt.

Bei einer Definition als österreichischer Minderheit stellte sich dagegen die Frage, worauf dieses Österreichersein der Südtiroler beruhe. Als regionale Identität wäre dies natürlich unbestritten, würde aber nicht aus dem deutschen Rahmen herausfallen und dadurch der nationalösterreichischen Selbstauffassung widersprechen. Die Vorstellung einer ethnokulturellen

---

55 So etwa der ehemalige Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder, der diesen Begriff häufig verwendete. Siehe Gerhard MUMELTER, 150 Jahre Italien: Südtirol will nicht mitfeiern, in: Der Standard (9. 2. 2011) abgerufen am 23. 5. 2014 unter <http://derstandard.at/1296696681529/150-Jahre-Italien-Suedtirol-will-nicht-mitfeiern>

56 Siehe etwa Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969, Band. 2, 1960: Vor der UNO, hrsg. von Rolf STEININGER (Innsbruck 2006) 552, 559, 560, 590.

57 Daneben gab es auch den Wunsch, das propagandistisch nützliche Image des Pangermanismus bewahren zu können. Siehe dazu ebd. 588.

österreichischen Nation wiederum hatte zwar vor allem in der Nachkriegszeit überzeugte Proponenten gefunden, sich aber auf Dauer nicht durchsetzen können. Die Zugehörigkeit zu einer österreichischen Willensnation ließe einerseits die Frage offen, ob dieser Wille sich gerade im Wunsch nach staatlicher Zugehörigkeit äußere; andererseits wiederum bedürfte eine bloße bewussteinmäßige Verbundenheit mit Österreich keiner kulturellen Sonderrechte für die deutsche Sprache. Somit verbliebe als Anknüpfungspunkt einer österreichischen Minderheit in Südtirol in erster Linie die österreichische Staatsnation, die ja auch dem amtlichen Selbstverständnis der österreichischen Nachkriegspolitik entspräche. Damit beinhaltet der Status einer österreichischen Minderheit aber eine weitaus politischere Komponente als seine Alternativen als deutsch(sprachig)e oder Südtiroler Minderheit.

## 5. Schlussfolgerungen

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die deutschsprachigen Bewohner der ehemaligen Habsburgermonarchie auf die Nachfolgestaaten verteilt. Von 12 Millionen Bürgern fanden sich nur wenig mehr als die Hälfte in der neuen österreichischen Republik wieder. Damit trennte sich die geschichtliche Entwicklung einer Bevölkerung, die sich zumindest im österreichischen Reichsteil als Teil eines einheitlichen deutschösterreichischen Staatsvolkes verstanden hatte.

Trotz dieser unterschiedlichen politischen Wege bewahrten die Österreicher in der Zwischenkriegszeit ein besonderes Verhältnis zu ihren ehemaligen Mitbürgern. Als einzige deutschsprachige Teilgruppe der Monarchie, die nunmehr einen eigenen Staat hatte, sahen sich die Bewohner der österreichischen Republik zu Solidarität mit ihren zu nationalen Minderheiten gewordenen Sprachgenossen aufgerufen. Da sich die österreichische Republik ausdrücklich als deutscher Staat definierte, stand das deutsche Selbstverständnis dieser Minderheiten einer Zusammenarbeit nicht im Wege.

Mit der nationalen Umorientierung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte sich auch die Grundhaltung zu diesen Bevölkerungen. Als sogenannte Volksdeutsche fielen sie nach staatlicher Selbstauffassung nicht in den österreichischen Zuständigkeitsbereich. Dass man aufgrund der noch weitaus umfangreicheren Flüchtlingsströme ins Nachkriegsdeutsch-

land einen erheblichen Teil von ihnen im Lande behalten musste, wurde von staatlicher Seite lange als unverdiente Belastung empfunden.

In diesem Licht ist es bemerkenswert, wie unberührt die Südtirolfrage von dieser nationalen Neuausrichtung blieb. Über parteipolitische Grenzen hinweg war man sich über ein fortdauerndes Nahe- und Schutzverhältnis zu dieser Bevölkerungsgruppe einig. Aus theoretischer Warte war dies nicht selbstverständlich. Zwar hatten konservative Gruppierungen anfänglich den Begriff einer österreichischen Ethnonation ins Spiel gebracht, der man die Südtiroler zuordnen konnte, hatten sich damit in der Öffentlichkeit aber nicht durchgesetzt. Zudem hätte sich dieses Konzept auch auf die deutschsprachigen Bevölkerungen in Slowenien und Teilen Ungarns und der Tschechoslowakei erstrecken müssen, was allerdings kaum umgesetzt wurde.

Neben der besonderen Rolle des Bundeslandes Tirols als Fürsprecher Südtirols in Wien fallen auch praktische Unterschiede ins Auge. Die Südtirolfrage war im Kern keine Flüchtlingsfrage, sondern eine Grenzfrage. Zwar waren während des Zweiten Weltkriegs zehntausende Optanten nach Österreich gekommen. Diese waren allerdings schon besser im Lande verankert und zahlenmäßig darüber hinaus im Rückgang begriffen. Im Gegensatz zu den Vertriebenen aus Mähren oder Jugoslawien hätten die Südtiroler also ihr Land mit nach Österreich eingebracht. Dies gab ihnen einen grundlegend anderen Status.

Die Südtirolfrage hätte bei theoretischer Folgerichtigkeit eine Herausforderung für den österreichischen Nachkriegsnationalismus werden können. In der Praxis erwies sich dagegen die pragmatische Anpassungsfähigkeit nationaler Argumentationsweisen. Wie etwa das wiedererstandene Polen nach dem Ersten Weltkrieg sowohl sprachlich polnische Gebiete mit überwiegend deutscher Geschichte als auch staatsgeschichtlich polnische mit überwiegend ukrainischer Bevölkerung beanspruchte, verband auch die österreichische Nachkriegsrepublik ihr Selbstverständnis als nichtethnische Staatsnation mit moralischen Ansprüchen auf ein geschichtlich und kulturell nahestehendes Gebiet wie Südtirol. Dabei wurde Südtirol sowohl von betont österreichnationalen Parteien wie ÖVP und KPÖ als auch von der zumindest in den 1950er und 1960er Jahren noch uneingeschränkt deutschnational ausgerichteten FPÖ als nationale Frage beschrieben.

Neben der Wiederherstellung der Souveränität und dem damit verbundenen Abzug der Besatzungsmächte gab es nur wenige politische Grundfragen, die die parteiübergreifende Mobilisierungskraft der Südtirolthematik entfalten. In dieser Frage konnte der identitätsmäßige Gegensatz in der österreichischen Gesellschaft überwunden werden. Dadurch entwickelte Südtirol sich zu einem einigenden Identitätssymbol für einen Kleinstaat, der gerade durch seine relative Machtlosigkeit auf internationales Entgegenkommen hoffen konnte.